

E 2001 (B) 1/25

*Le Ministre de Suisse à Berlin, A. von Planta, au Chef de la Division
des Affaires étrangères du Département politique, Ch.R. Paravicini*

L VII/M.

Berlin, 15. Oktober 1919

Herr Stadtrat Karl Moor, der, wie Sie wissen, sich seit mehreren Monaten in Berlin aufhält, sprach gestern auf der Gesandtschaft vor und berichtete, er habe Radek, den er regelmässig im Gefängnis zu besuchen scheint, Kenntnis gegeben von der im Nationalrat am 2. Oktober 1919 zur Sprache gekommenen Interpellation Schmid (Zürich) *über die Schweizer in Russland*.¹

Radek hat an Moor darauf den in Abschrift beiliegenden Brief geschrieben,² und Moor hat mich ersucht, ihn an Sie weiterzuleiten und ihn wissen zu lassen, wie Sie sich zu diesen Vorschlägen stellen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Radek in ständiger Verbindung mit der Sowjetregierung in Moskau steht, und dass die Bedingungen, die Radek für den Rücktransport unserer Landsleute stellt, auch die Bedingungen der Sowjetregierung sind.

Ich möchte Sie bitten, mich wissen zu lassen, in welchem Sinne ich Moor antworten soll.³

ANNEXE

Copie

Berlin, 8. Oktober 1919

Den Bericht über die Russeninterpellation im Nationalrat habe ich gelesen. Auf Ihre Anfrage, wie man Ihren Landsleuten helfen könnte, kann ich Ihnen nur folgendes sagen:

1. Sie waren genug lange in Sowjetrussland, um zu wissen, dass es der Sowjetregierung vollkommen fern liegt, ausländische Bürger als solche zu verfolgen. Ausländer werden bei uns ebenso wie Russen verfolgt, wenn sie durch Spekulation unsere unsäglich schwere wirtschaftliche Lage erschweren oder der Konterrevolution Vorschubdienste leisten. Dass es vorkommen kann, dass in dem schweren Kampfe, den wir führen, auch Unschuldige zu leiden bekommen, weiss ich gut. Dass unsere Behörden, wo sie auf Übergriffe übereifriger unterer Stellen aufmerksam gemacht werden, zugunsten der Unschuldigen eingreifen, wissen Sie aus eigener Erfahrung, da doch dank Ihrer Fürsprache Hunderten Schweizern geholfen wurde.

2. Wenn die in Russland gebliebenen Schweizer jetzt schwerer als früher zu leiden hätten, so wäre das nur verständlich. Ihre Regierung, die während der ganzen Kriegszeit die zügelloseste Propaganda des Völkermordes seitens der Gesandtschaften der Zentral- wie Ententemächte geduldet hat, hat unsere Gesandtschaft wegen angeblicher Unterstützung der kommunistischen Propaganda ausgewiesen, eine Jagd auf Russen eröffnet, die sie für Bolschewikis hielt, Frauen, sogar

1. *Cette interpellation datée du 24 septembre 1919 était libellée: Le Conseil fédéral sait-il que 200 Suisses environ qui étaient restés en Russie ont été arrêtés à Pétrograd et à Moscou par le Gouvernement des soviets et que celui-ci a confisqué les biens que nos compatriotes ont laissés en Russie?*

Quelles mesures le Conseil fédéral a-t-il prises ou compte-t-il prendre pour protéger les Suisses en Russie et leurs biens?

2. *Reproduite en annexe.*

3. *Pour la réponse du Département, cf. n° 124; voir aussi n° 134.*

17 OCTOBRE 1919

261

Kinder eingekerkert. Sie hat die Beziehungen zu Russland abgebrochen, sie duldet auf Schweizer «neutralem» Boden die Konsulate der russischen konterrevolutionären Kliquen. Dass alle diese Umstände keine freundlichen Gefühle in den Arbeitermassen Russlands und bei unseren untergeordneten Organen erzeugen können, ist klar. Dass die Blockade durch die Entente⁴ uns nötigt, alle Reserven an Waren, Rohstoffen usw. in den Händen des Staates zu konzentrieren, und dass wir auf die ausländischen, kapitalistischen Elemente in Russland keine Rücksichten nehmen können, ist ebenso klar.

3. Trotzdem könnte in dem Rahmen dieser Wirklichkeit manches für den Schutz der Schweizer wie die Ermöglichung ihrer Rückreise gemacht werden, wenn 1. die Schweizer Regierung es zulassen würde, dass wir in der Schweiz eine Person mit der Vertretung der Interessen unserer Bürger betrauen könnten (es könnte im schlimmsten Falle ein Schweizer sein), 2. wenn ein Schweizerbürger, von dem wir wissen, dass er nicht gleichzeitig uns feindliche Interessen zu fördern sucht, nach Russland ginge mit dem offiziellen Auftrag der Schweizer Regierung, die Heimfahrt der Schweizer zu fördern und die bleibenden materiell zu unterstützen. Da Sie das menschliche Vertrauen unserer Genossen geniessen und die Schweizer Regierung wissen muss, wie sehr Sie sich für Ihre Landsleute einsetzen, schlage ich Ihnen vor, sich mit der Schweizer Regierung in Verbindung zu setzen und von ihr das besagte Mandat zu erlangen. Haben Sie es, und ist die Schweizer Regierung bereit, die Vertretung der Interessen unserer Bürger (durch einen Schweizer eventuell) zuzulassen, dann fahren Sie in Gottes Namen nach Moskau, ohne sich auf lange telegraphische Verhandlungen einzulassen, die rebus sic stantibus zu nichts führen. Haben Sie dort sich die Lage angesehen, so können Sie nach Helsingfors oder nach Wilna jemanden senden, um Vorbereitungen für den Rücktransport mit der lettischen, polnischen oder litauischen Regierung zu treffen. Einen anderen Weg kann ich mir nicht denken.

4. Cf. n° 103.